

GASTKOMMENTAR

«Klimazoll» – ungleich lange Spiesse für die Exportindustrie

Der Effekt von CO₂-Grenzabgaben auf das Klima ist minimal und könnte sogar kontraproduktiv sein. Das Parlament sollte dem Bundesrat folgen und keine voreiligen Schritte zur Einführung von «Klimazöllen» in der Schweiz unternehmen.

Denise Laufer, Erik Jandrasits und Jean-Philippe Kohl

11 Kommentare →

18.08.2023, 05.30 Uhr ⌚ 3 min



Die Wettbewerbsposition der wertschöpfungsstarken Schweizer Exportindustrie ist gefährdet.

Gäetan Bally / Keystone

Im eidgenössischen Parlament sind derzeit verschiedene Vorstösse hängig, welche die Einführung von CO₂-Grenzausgleichsabgaben in der Schweiz fordern. Dieser sogenannte Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) soll verhindern, dass heimische Unternehmen infolge tieferer CO₂-Abgaben in anderen Staaten benachteiligt oder CO₂-intensive Betriebe ins Ausland verlagert werden. Was scheinbar positiv klingt, ist aus mehreren Gründen höchst kritisch für den exportorientierten Schweizer Produktionsstandort.

Multilaterale Spielregeln

Die EU führt im Oktober 2023 einen derartigen CBAM ein. Nach einer

Übergangsphase werden ab 2026 Abgaben auf dem CO₂-Gehalt von Importen erhoben. Betroffen vom «Klimazoll» sind vorerst die Produkte Zement, Eisen, Stahl, Aluminium, Dünger, Wasserstoff und Strom; weitere Produktgruppen könnten folgen. Parallel dazu wird im Rahmen des Emissionshandelssystems die kostenlose Zuteilung von Emissionsrechten (Gratiszertifikate) an diese Sektoren schrittweise reduziert.

Der Bundesrat hat Mitte Juni festgehalten, dass sich die Schweiz dem EU-CBAM vorerst nicht anschliessen solle. In der WTO ist hoch umstritten, ob solche CO₂-Grenzabgaben internationale Handelsregeln verletzen und daher unzulässig sind. Die Schweiz als stark exportorientierte Volkswirtschaft ist besonders darauf angewiesen, dass sich die grossen Wirtschaftsräume USA, EU und China generell an die multilateralen Spielregeln halten. Es wäre fatal, als Land selbst diese Regeln zu verletzen und sich damit der Gefahr von Gegenmassnahmen wichtiger aussereuropäischer Handelspartner auszusetzen.

Die exportorientierte Industrie begrüsst es deshalb, dass der Bundesrat nicht vorprescht, sondern zunächst die Auswirkungen des EU-CBAM genau evaluieren will. Unbestritten ist jedoch bereits heute, dass Schweizer emissionsintensive Betriebe als Folge der auslaufenden Gratiszertifikate – und somit steigender CO₂-Kosten – starke Nachteile gegenüber ihrer Konkurrenz von ausserhalb der EU erleiden werden. Oft wird für eine Schweizer CBAM-Lösung deshalb das Bild der «gleich langen Spiesse» bemüht.

Diese Darstellung greift jedoch zu kurz, denn der Schutz emissionsintensiver Betriebe verschlechtert im gleichen Zug die Wettbewerbsposition der wertschöpfungsstarken Schweizer Exportindustrie massiv. Für diese Firmen erhöhen sich nämlich CBAM-bedingt die Beschaffungskosten von Vorprodukten wie etwa Stahl. Da beim CO₂-Grenzausgleich keine Rückerstattungsmöglichkeit bei der Ausfuhr in Drittstaaten vorgesehen ist, wäre die Wirtschaftlichkeit der

Produktion in der Schweiz generell infrage gestellt.

Andere Lösungen wären effektiver

Die exportorientierte Industrie unterstützt die Pariser Klimaziele und hat sich zu netto null bis 2050 bekannt. Laut Studien ist der Effekt von CO₂-Grenzabgaben auf das Klima als minimal – wenn nicht sogar als kontraproduktiv – zu werten, etwa wenn exportorientierte Firmen ihre Produktion ins Ausland verlagern. Deshalb beurteilen unsere Verbände ihre Einführung als kritisch. Wir setzen darauf, dass das Parlament dem Bundesrat folgt und keine voreiligen Schritte zur Einführung von «Klimazöllen» in der Schweiz unternimmt.

Für jene emissionsintensiven Schweizer Firmen, die schon heute wegen subventionierter Industrieenergiepreise in unseren Nachbarstaaten massiv unter Druck sind und die künftig wegen der Verschärfung der Klimapolitik hier und in der EU tatsächlich gravierende Wettbewerbsnachteile zu befürchten haben, müssen andere Lösungen gefunden werden. Dazu gehören insbesondere Dekarbonisierungstechnologien, die gezielt zu fördern sind – wie auch generell eine Technologieoffenheit, so dass Innovationen greifen können. Wir wollen diese Unternehmen am Standort Schweiz nicht verlieren. Sie leisten mit ihren Technologien einen zentralen Beitrag zum Klimaschutz und zur Kreislaufwirtschaft.

Denise Laufer ist Mitglied der Geschäftsleitung von Swissholdings; **Erik Jandrasits** ist Leiter Aussenhandel bei Scienceindustries; **Jean-Philippe Kohl** ist Leiter Wirtschaftspolitik bei Swissmem.

11 Kommentare

Christoph Weise vor 20 Tagen